

**Bericht von der 49. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 8. März 2018, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses**

TAGESORDNUNG

Tagesordnungen, Niederschriften, Anträge, Vorlagen, Anfragen, Anlagen usw. zu den verschiedenen TOPs finden Sie im [Fachkräfteportal des JugendInfoService](#) und im [Ratsinformationssystem](#).

öffentlicher Teil

1. Kontrolle der Niederschrift vom 11. Januar 2018
2. Informationen/Fragestunde
3. Stressszenario für die Angebote der Schulsozialarbeit zur Befriedung unvorhergesehener Bedarfe an Schulen
4. Etablierung eines Angebotes Schulsozialarbeit an der Schule für Erziehungshilfe "Am Leubnitzbach" im Rahmen der Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2018
5. Sicherstellung des Kindeswohls bei Abschiebungen
6. Erweiterung des Handlungsprogrammes „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ auf ausgewählte Horte und Grundschulen
7. Berichte aus den Unterausschüssen

nicht öffentlicher Teil

8. Besetzung der Stelle Kinderbeauftragte/Kinderbeauftragter
9. Information

Die 49. Sitzung des Dresdner Jugendhilfeausschusses leitet Oberbürgermeister Dirk Hilbert. Nachdem er alle Anwesenden im Festsaal des Neuen Rathauses begrüßt hatte, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen und die Niederschrift vom 11. Januar 2018 bestätigt.

Die [Information Nr. 3/2018](#) ist den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zugestellt worden und berichtet zu folgenden Themen:

- Beantwortung von Anfragen der Jugendhilfeausschussmitglieder
 - Auswertung Statistik Angebotsstruktur der Träger der freien Jugendhilfe
 - Programm Schüleraustausch – Ausweitung auf Jugendhilfe möglich?
- Schulsozialarbeit

Weitere Informationen der Amtsleiter erfolgten zunächst nicht.

Die Ausschussmitglieder hatten nun die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Ende Januar hatte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) in einer Regierungserklärung angekündigt, in Dresden und Chemnitz ein „Haus des Jugendrechts“ einrichten zu wollen, wie es bereits in Leipzig existiert. Mehrere Ausschussmitglieder fragten nach einer Einschätzung des Jugendamtes und ob es Gespräche zwischen Land und Kommune dazu gibt. Claus Lippmann, kommissarischer Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie und Jugendamtsleiter, antwortete, dass wir in Dresden die gleichen Anliegen und Ziele wie in Leipzig verfolgen, bei Jugendstraftaten schnell und konsequent eingreifen wollen und Wiederholungstaten verhindern. Dresden geht dabei aber seit vielen Jahren sehr erfolgreich einen anderen Weg und möchte diese Arbeit nicht gefährden. Als Beispiele nannte er das Interventions- und Präventionsprogramm (IPP) mit Sitz in der Polizeidirektion, die guten Kooperationen und regelmäßigen Fachgespräche zwischen Jugendgerichtshilfe, Polizei und Justiz. Das IPP ist eine feste Anlaufstelle, die Jugendlichen unmittelbar nach einer Straftat eine Beratung und spätere Begleitung ermöglicht. Die Kommune ist zu Gesprächen bereit und sehr an einem fachlichen Austausch interessiert. Ein Ausschussmitglied betonte, dass die Aufgaben der Jugendhilfe in einem „Haus des Jugendrechts“, in dem Polizei, Justiz und Jugendgerichtshilfe gemeinsam sitzen, nicht gewährleistet werden können und es sich bei dem Leipziger Modell um ein Konzept für Intensivstraftäter handelt.

Auf die Frage nach dem neuen Standort des Allgemeinen Sozialen Dienstes Gorbitz (ASD) antwortete der Amtsleiter, dass es noch keinen Standort gibt und dass auch der ASD Cotta neue Räume benötigt, wenn das Rathaus Cotta saniert wird. Verantwortlich für die Suche nach Räumlichkeiten in Gorbitz ist das Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung. Das Jugendamt hat nachdrücklich seinen Bedarf mitgeteilt.

Außerdem wurde gefragt, warum die freien Träger, die eine Kindertageseinrichtung betreiben, aufgefordert wurden, ihre vertraglichen Regelungen für Fremdgemeindekinder anzupassen.

Sabine Bibas, Leiterin des Amtes für Kindertagesbetreuung und des Eigenbetriebes für Kindertageseinrichtungen, antwortete, dass es inzwischen sehr viele Eltern gibt, die in Dresden einen Betreuungsvertrag unterschreiben und kurz danach ins Umland ziehen und ihre Kinder in der Dresdner Einrichtung lassen. Sie belegen inzwischen mehrere hundert Plätze, die mit etwa zwei Kita-Neubauten ausgeglichen werden müssten, um die Versorgung der Dresdner Familien zu gewährleisten.

Auf die Frage, welche Gespräche zur Finanzierung der Straßenschule geführt wurden, antwortete Claus Lippmann, dass der Treberhilfe Dresden e. V. aufgefordert wurde, sein Konzept zu überarbeiten und dass demnächst Gespräche mit dem Landesamt für Schule und Bildung stattfinden.

Außerdem wurde gefragt, ob mit dem Jugendamt zu dem neuen Angebot im Jägerpark „Arche“ gesprochen wurde. Der Jugendamtsleiter verneinte dies, kündigte aber an, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes den Träger besuchen werden, um sich selbst ein Bild zu machen. Dies gilt ebenso für die neue Kinderintensivpflege in Dresden.

Danach stellte eine Abteilungsleiterin aus dem Jugendamt das Stressszenario für die Angebote der Schulsozialarbeit zur Befriedung unvorhergesehener Bedarfe an Schulen (V2136/17) in einer ersten Lesung vor. Um unvorhergesehene Bedarfe abzudecken, sind im Jahresbudget der Schulsozialarbeit fünf Prozent eingestellt. Die Anlage beinhaltet Kriterien zur Bewertung eines Stressszenarios bzw. zur Vergabe dieser Gelder. Zu den Kriterien gehören zusätzliche Klassen und unvorhergesehene Ereignisse, die massiv in den Schulalltag und die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler einwirken.

In diesem Zusammenhang informierte der Jugendamtsleiter, dass es eine neue Förderrichtlinie des Landes für Schulsozialarbeit gibt. Alle Oberschulen sollen mindestens eine Stelle erhalten. Ob dafür genügend Fachkräfte vorhanden sind, ist nicht sicher. In der nächsten Woche findet eine Informationsveranstaltung im Staatsministerium statt. Die oben genannte Vorlage wird zunächst im Unterausschuss Planung beraten.

Ebenfalls in einer ersten Lesung wurde die Vorlage Etablierung eines Angebotes Schulsozialarbeit an der Schule für Erziehungshilfe „Am Leubnitzbach“ im Rahmen der Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2018 (V2122/17) eingebracht. Mit der Vorlage soll ein Interessenbekundungsverfahren beschlossen werden. Bereits im Mai 2017 hatte es ein Interessenbekundungsverfahren gegeben, bei dem sich kein Interessent gemeldet hatte. Auch diese Vorlage wird zunächst im Unterausschuss Planung beraten.

Als der Antrag Sicherstellung des Kindeswohls bei Abschiebungen (A0391/17) auf der Tagesordnung stand, einigte sich der Ausschuss auf eine Expertenanhörung zu diesem Thema. Ein Mitglied betonte, dass Jugendhilfe einen Schutzauftrag hat, der Ausschuss aber nichts beschließen will, was vom Jugendamt nicht erfüllbar ist.

Mehrere Fraktionen haben einen Antrag zur Erweiterung des Handlungsprogrammes „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ (A0394/17) eingebracht und dieser wurde im Jugendhilfeausschuss beschlossen. Ausgewählte Horte und Grundschulen sollen in das Handlungsprogramm aufgenommen werden, um vor allem die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft zu erleichtern. Eine Fortführung des Programms nach der Kita in Schule und Hort ist besonders dort notwendig, wo sehr viele Kinder aufgenommen wurden. Verschiedene Akteure, wie Sozialpädagogen und -pädagoginnen, Lerntherapeuten und -therapeutinnen sowie Deutschlehrer und -lehrerinnen, sollen dabei zusammenarbeiten.

Die Mitglieder der Unterausschüsse (UA) berichteten von den letzten Sitzungen:

- UA-Planung beschäftigte sich mit den Vorlagen zur Schulsozialarbeit und prüfte die Einrichtung eines Angebotes bei der Parkeisenbahn, an dem sich die Schlösser und Gärten GmbH finanziell beteiligen soll.
- UA-Förderung tagte nicht.
- UA-HzE befasste sich mit dem Konzept zu Einzel- und Vereinsvormundschaften.
- UA-Kita beschäftigte sich mit dem Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ und der Personalausstattung in Kindertagesstätten, den sogenannten Poolstellen, die u. a. bei Krankheit der Beschäftigten genutzt werden sollen.

Außerdem beriet sich der Jugendhilfeausschuss nicht öffentlich über die Besetzung der Stelle der bzw. des Kinderbeauftragten. In den letzten Wochen hatten Bewerbungsgespräche stattgefunden, an denen auch Mitglieder des Ausschusses teilgenommen hatten.

Die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet am Mittwoch vor Ostern, dem 28. März 2018, 18 Uhr, im Festsaal des Neuen Rathauses statt.

Hinweis: Alle Informationen zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgen unter dem Vorbehalt der Erlangung der Rechtskraft gefasster Beschlüsse.

Red. + Quelle: S. H. (LHD, Jugendamt, SB Öffentlichkeitsarbeit)